

/ Positionspapier

Juli 2020

Zivilgesellschaftliche Initiativen brauchen dauerhafte Perspektiven – Das Demokratiefördergesetz ist dringend notwendig

Grundlage:

Eine demokratische Gesellschaft bietet zwar für ihre Individuen Stabilität – sie selbst muss sich aber ständig gegen ihre GegnerInnen verteidigen. Durch die Instrumente des Rechtsstaates muss sie Freiheit und Sicherheit für jedes Individuum garantieren. ExtremistInnen bedrohen in Deutschland unsere Demokratie und unsere freiheitliche Art zusammen zu leben unaufhörlich. Sie versuchen, jede gesellschaftspolitische Lage für ihre Agenda zu nutzen: Nicht nur aus Krisenmomenten versuchen Sie ihren Nutzen zu ziehen. Auch in harmonischen Zeiten dient ihnen die unbesorgte Unaufmerksamkeit der Mehrheitsgesellschaft als Nährboden ihres Extremismus. So wichtig ein Rechtsstaat ist, der die freiheitlich-demokratische Gesellschaft wehrhaft verteidigt, so wichtig ist Prävention durch Bildung und eine in ihrem Demokratieverständnis gefestigte Mehrheitsgesellschaft. Durch aktive Demokratieförderung kann man Einzelpersonen und Gruppen in ihren Möglichkeiten unterstützen, sich demokratisch zu engagieren und damit in ihrer Gesamtheit ein Bollwerk gegen Demokratiefeindlichkeit zu sein. Noch fehlt es dafür an ausreichenden Strukturen, Inhalten und – leider – Geld

Ausgangslage:

Der deutsche Staat investiert bereits in die Förderung der Demokratie, das ist positiv. Auf vielfältige Art und Weise, z.B. über verschiedene Ministerien und auch über das Förderprogramm „Demokratie Leben“ besteht ein breites Spektrum an Fördermöglichkeiten.

Nichtsdestotrotz bestehen in der Praxis erhebliche Probleme: Die Finanzierung von Projekten ist oftmals prekär und zeitlich – kurz – befristet. Das Innovationsprinzip erschwert eine Weiterförderung von erfolgreichen Projekten und schafft keine Planungssicherheit. Gerade hier wäre eine strukturelle Förderung auf Dauer unabdingbar.

Im Bereich des Antisemitismus ist es 2020 zu fragwürdigen Entwicklungen gekommen: Kurz vor dem Anschlag in Halle stand eine Budgetkürzung des Fördertopfes im Bereich „Antisemitismusprävention“ im Raum. Viele Initiativen standen daher vor dem Aus. Erst der Anschlag in Halle hat die Bundesregierung zum Umdenken bewegt.

Problemlösung:

Das viel diskutierte Demokratiefördergesetz muss kommen. Und zwar u.a, mit ausreichender, längerfristiger, struktureller Förderung, inhaltlicher Qualitätskontrolle und klar definierten Zugangsmöglichkeiten. Wir haben Verständnis für die wirtschaftlich schwere Situation in der sich Deutschland nach dem Corona-Maßnahmenpaket befindet. Aber gerade in solchen Zeiten, in denen ExtremistInnen versuchen werden unsere Gesellschaft weiter zu spalten, ist es wichtig, die Demokratie aktiv zu fördern und das Engagement erfolgreicher Initiativen, dauerhaft zu sichern.

Ziel:

- Langfristige Planungssicherheit für zivilgesellschaftliche Initiativen
- Dauerhafte Ausfinanzierung von Demokratieprojekten
- Stärkung der Zivilgesellschaft
- Stärkung der Demokratisierung der Gesellschaft